

## **Stellungnahme der Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik zur Umverteilungsinitiative**

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik stehen ein für eine Armee, die im Sinne des Sicherheitspolitischen Berichts 2000 Sicherheit durch Kooperation gewährleisten kann. Eine solche Armee kostet, auch wenn ihre Bestände gegenüber heute deutlich verringert werden, Geld.

**Deshalb empfehlen die Mitglieder der Arbeitsgruppe  
Sicherheitspolitik die Umverteilungsinitiative  
zur Ablehnung.**

**Mitglieder der Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik sind:**

Christine Beerli, Pietro Donzelli, Erika Forster, Bruno Frick, Jürg Martin Gabriel,  
Curt Gasteyger, Karl W. Haltiner, Yvette Jaggi, Gian-Reto Plattner,  
René Rhinow, Iwan Rickenbacher, Otto Schoch,  
Kurt R. Spillmann, Irène Thomann-Baur, Peter Tschopp

# **ARBEITSGRUPPE SICHERHEITSPOLITIK**

## **12 Thesen**

### **zu den bundesrätlichen Leitlinien zum Armeeleitbild XXI**

#### **Mitglieder der Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik sind:**

Christine Beerli, Pietro Donzelli, Ruedi Engler, Erika Forster,  
Jürg Martin Gabriel, Karl W. Haltiner, Yvette Jaggi,  
Gian-Reto Plattner, René Rhinow, Iwan Rickenbacher, Otto Schoch,  
Kurt R. Spillmann, Irène Thomann-Baur, Peter Tschopp

*Die Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik begrüsst die "Politischen Leitlinien des Bundesrates zum Armeeleitbild XXI" als taugliche, konstruktive und sinnvolle Diskussionsgrundlage. Sie nimmt dazu in 12 Thesen wie folgt Stellung:*

**1. Neutralität**

Das Festhalten an der Neutralität macht nur dann Sinn, wenn Neutralität so verstanden wird, wie der Bundesrat das in seinem „Bericht zur Neutralität“ vom 29. November 1993 definiert hat (S. 61 dieses Berichtes: „Die Neutralität darf nicht ein unantastbares Dogma sein“; sie hat „rein dienende, instrumentale Funktion“.)

**2. Milizcharakter der Armee**

Die Arbeitsgruppe begrüsst die neu zu schaffenden Möglichkeiten des Durchdienens und des Einsatzes als Zeitsoldat. Sie befürwortet ausserdem eine spürbare Erhöhung des Bestandes an Berufssoldaten und erwartet, dass mittelfristig die verfassungsmässigen Grundlagen für eine flexiblere Handhabung des Milizsystems geschaffen werden.

**3. Kantonale Mitverantwortung**

Auch wenn es richtig ist, dass die sicherheitspolitische Mitverantwortung der Kantone in der Bundesverfassung verankert ist, müsste der gesamte Bereich der durch die "Politischen Leitlinien des Bundesrates" abgedeckten Sicherheitspolitik Bundessache sein. Im Sinne einer mittelfristigen Zielsetzung ist deshalb eine Aenderung der Bundesverfassung anzustreben, die es ermöglichen wird, die kantonalen Formationen abzuschaffen, die kantonalen Einsatzkompetenzen aufzuheben und auf die kantonalen Militärverwaltungen zu verzichten.

**4. Dauer der Dienstleistungen**

Die Arbeitsgruppe fordert eine gegenüber heute längere Grundausbildung, die auch die Verbandsausbildung wieder ermöglicht, und vier bis fünf Wiederholungskurse. Ausserdem ist die Dauer der Ausbildung zu flexibilisieren, benötigen doch gewisse Waffengattungen offenkundig eine kürzere, andere aber eine längere Ausbildungszeit.

**5. Kaderlaufbahnen**

Wichtig sind vor allem zwei Dinge: zum einen die Durchlässigkeit zwischen Miliz- und Berufspersonallaufbahn, zum anderen aber auch die Durchlässigkeit zwischen der Tätigkeit

als Berufs- oder Zeitsoldat und der Fortsetzung der beruflichen Aktivität im zivilen Bereich. Hier muss die Wirtschaft einen ganz wesentlichen Beitrag zur Sicherheitspolitik unseres Landes leisten.

#### **6. Ausbildungsmöglichkeit für Berufs- oder Zeitsoldaten**

Es ist in der Tat wesentlich, dass den Absolventen von Kaderlehrgängen ein Zertifikat abgegeben wird, das auch für die zivile Karriere verwendet werden kann.

Ausserdem ist für Berufssoldaten und für Zeitsoldaten mit längerfristiger Vertragsdauer die Möglichkeit einzurichten, während ihrer Angehörigkeit zur Armee eine qualifizierte Ausbildung zu erwerben, die später auch im zivilen Bereich nutzbringend umgesetzt werden kann.

Der modulare Aufbau solcher Ausbildungsangebote soll die Verbindung militärischer und ziviler Qualifikationen zu attraktiven Berufsbildern ermöglichen. Wichtig ist das insbesondere für Berufsoffiziere, deren akademische und praktische Ausbildung auf Lehrgängen mit nationaler und internationaler Anerkennung basieren und die lebenslange Mobilität ermöglichen muss.

#### **7. UFS**

Der Verzicht auf das überholte Konzept der Gesamtverteidigung ist dringend geboten. Ob das System der "umfassenden flexiblen Sicherheitskooperation" (UFS) mit permanenten territorialen Kommandostrukturen demgegenüber zweckmässiger ist, erscheint der Arbeitsgruppe fragwürdig.

#### **8. Sechs bis acht Kampfbrigaden**

Die Arbeitsgruppe stimmt den bundesrätlichen Leitlinien darin zu, dass der Nukleus einer Verteidigungsarmee in Form eines leistungsfähigen Heeres mit Truppen zur Bildung von sechs bis acht Kampfbrigaden sowie entsprechenden Kampfunterstützungs- und Logistikverbänden und einer leistungsfähigen Luftwaffe mit luft- und bodengestützten Waffensystemen bestehen muss. Das heisst aber auch, dass die bisherigen Grossen Verbände aufgelöst werden müssen.

#### **9. Bestand**

Für eine solche Armee ist ein Bestand von maximal 100'000 aktiven Armeeingehörigen ausreichend.

**10. Dienstpflichtalter**

Wird das Dienstpflichtalter tatsächlich auf 30-32 Jahre festgelegt, so müsste sich ein Armeebestand von über 200'000 Armeeangehörigen ergeben, nachdem jährlich 20'000 Rekruten die Rekrutenschule verlassen und in Verbände eingeteilt werden. Die Frage des Dienstpflichtalters muss daher überprüft werden.

**11. Reserve**

Die Arbeitsgruppe sieht den Ergebnissen der durch das VBS vorzunehmenden Prüfung von Varianten „mit einer verkleinerten Reserve“ oder „ohne Reserve“ mit grossem Interesse entgegen. Von zentraler Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Definition des Begriffs „Reserve“ und die einer Reserve zuzuweisenden Aufgaben.

**12. NATO**

Die Arbeitsgruppe ist davon überzeugt, dass die NATO immer mehr zum tragenden Pfeiler der europäischen Sicherheit wird. Deshalb drängt sich, wenn die Schweiz einen zuverlässigen internationalen Partner sucht, längerfristig ein Beitritt zur NATO auf.